

ANTRAG

ORIGINAL

No. ... 228 /A
Präs.: 2. OKT. 1991

der Abgeordneten Dr. Neisser, Dr. Fuhrmann, Ing. Maderthaner,
Schmidtmeier
und Kollegen
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das
Handelskammergesetz 1946, BGBl. Nr. 182/1946, zuletzt geändert
durch die 7. Handelskammergesetznovelle, BGBl. Nr. 663/1983,
geändert wird (8. Handelskammergesetznovelle)

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz, mit dem das Handelskammergesetz 1946,
BGBl. Nr. 182/1946, zuletzt geändert durch die 7. Handelskammerge-
setznovelle, BGBl. Nr. 663/1983, geändert wird (8. Handelskammer-
gesetznovelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Änderung des Handelskammergesetzes.

Das Handelskammergesetz, BGBl. Nr. 182/1946, zuletzt geändert
durch die 7. Handelskammergesetznovelle, BGBl. Nr. 663/1983, wird
wie folgt geändert:

1. Verfassungsbestimmung.

§ 1 Abs. 1 gilt als einfachgesetzliche Bestimmung.

2. Dem § 3 werden folgende Abs. 3 und 4 angefügt:

"(3) Mitglieder sind ferner alle Holdinggesellschaften, zu de-
ren Bereich zumindest ein Mitglied gemäß Abs. 2 gehört. Die Mit-
gliedschaft ist nur hinsichtlich der Mitglieder nach Abs. 2 gege-
ben. Die Eintragung einer Holdinggesellschaft im Firmenbuch gilt
als Berechtigung im Sinne des Abs. 2.

(4) Unternehmungen im Sinne der Abs. 2 und 3 müssen nicht in
der Absicht betrieben werden, einen Ertrag oder sonstige wirt-
schaftliche Vorteile zu erzielen."

- 2 -

3. Im § 4 Abs. 1 lit. d wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt. Es wird folgende lit. e angefügt:

"e) die Tätigkeit der in der Vollversammlung vertretenen Wählergruppen zu unterstützen."

4. Im § 5 entfällt die lit. e; lit. f lautet:

"f) die Errichtung eines Ständigen Schiedsgerichts für Streitigkeiten, bei denen alle Vertragsparteien, die die Schiedsvereinbarung geschlossen haben, zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hatten."

5. § 6 Abs. 1 lautet:

"(1) Gesetzentwürfe sind vor ihrer Einbringung in die gesetzgebende Körperschaft, besonders wichtige Verordnungen (Kundmachungen), die Interessen und Fragen berühren, deren Vertretung den Landeskammern oder deren Fachgruppen zukommt, vor ihrer Erlassung den Landeskammern unter Einräumung einer angemessenen Frist zur Begutachtung zu übermitteln."

6. § 9 Abs. 1 lautet:

"(1) Das Präsidium jeder Landeskammer besteht aus dem Präsidenten und den beiden Vizepräsidenten. Es wird in Fällen besonderer Dringlichkeit gegen nachträgliche Kenntnisnahme durch das zuständige Organ tätig und besorgt die laufenden Geschäfte von besonderer Bedeutung."

7. Im § 9 Abs. 2 werden die Worte "und weiteren Mitgliedern gemäß § 96 a." angefügt.

8. Im § 9 Abs. 5 wird das Wort "Kammeramtsdirektor" durch das Wort "Direktor" ersetzt.

9. Im § 11 Abs. 1 werden die Worte "Mitgliedern der zur Sektion gehörigen Fachgruppenausschüsse (§ 30)" durch die Worte "zur Sektion gehörigen Kammermitgliedern" ersetzt. Es wird der Satz angefügt: "Hinzu kommen die gemäß § 88 Abs. 4 in Verbindung mit § 93 Abs. 1 entsandten Mitglieder von Sektionsleitungen."

10. Im § 11 Abs. 2 wird angefügt: "Die Bezirksstellenobmänner gehören der Vollversammlung mit beratender Stimme an."

11. Im § 11 Abs. 4 wird in lit. i der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende lit. j angefügt:

./3

- 3 -

"j) Beschlußfassung über die Errichtung von Fachgruppen und den Widerruf der Errichtung."

12. Im § 11 wird nach Abs. 4 folgender Abs. 5 angefügt:

"(5) Mindestens 200 Mitglieder sind berechtigt, an die Vollversammlung Vorschläge zu richten und Anträge zu stellen. Ein Vertreter dieser Mitglieder ist berechtigt, an den diesbezüglichen Beratungen in der Vollversammlung und in jenem Organ, dem die Angelegenheit zur Entscheidung zugewiesen wird, teilzunehmen. Der Präsident hat solche Vorschläge und Anträge auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung zu setzen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung (§ 54)."

13. § 14 lautet:

"§ 14. Bezirksstellen

(1) Die Bezirksstellen haben bestimmte, ihnen durch die Geschäftsordnung zugewiesene Aufgaben ihrer Landeskammer innerhalb eines politischen Bezirkes zu besorgen. Ob Bezirksstellen zu errichten sind, entscheidet der Vorstand unter Bedachtnahme auf die Zweckmäßigkeit der einzelnen Bezirksstellen für eine wirksame Mitgliederbetreuung. Der Bezirksstelle steht ein Ausschuß vor, der aus mindestens 3 und höchstens 10 Mitgliedern besteht. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Bezirksstellenausschüsse wird vom Vorstand unter Bedachtnahme auf die Zahl der Kammermitglieder im Bezirksstellenbereich und die Bedeutung der Wirtschaft in diesem Bereich festgelegt. Die Mitglieder des Bezirksstellenausschusses werden vom Vorstand berufen, wobei die Summe der Mandate den einzelnen Wählergruppen nach dem Ergebnis der Wahlen in die Landessektionsleitungen zuzuordnen ist; einer Wählergruppe darf in einem Bezirksstellenausschuß nur dann ein weiteres Mandat zugeordnet werden, wenn sie in sämtlichen Bezirksstellenausschüssen mit einem Mandat berücksichtigt ist. Dies gilt sinngemäß auch für die Zuordnung weiterer Mandate. Wählergruppen, die danach nicht zu berücksichtigen sind, aber mindestens 5 v.H. der Stimmen auf sich vereinigt haben, können in jeden Bezirksstellenausschuß je ein Bezirksstellenausschußmitglied mit beratender Stimme entsenden.

(2) Der Bezirksstellenausschuß wählt aus seiner Mitte nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes den Bezirksstellenobmann. Die Wahl ist geheim.

. /4

- 4 -

(3) Zur Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben haben sich die Fachgruppen der Bezirksstellen zu bedienen, soweit die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt."

14. Im § 15 wird das Wort "Kammeramt" jeweils durch das Wort "Kammerdirektion" ersetzt.

15. Im § 16 werden die Worte "des Kammeramtes" durch die Worte "der Kammerdirektion" und die Worte "Dem Kammeramt" durch die Worte "Der Kammerdirektion" ersetzt.

16. Im § 16 lautet die Z. 5:

"5. die Ausstellung von Zeugnissen über rechtlich bedeutsame Tatsachen des Geschäftslebens, insbesondere die Ausstellung von Zeugnissen über den Ursprung einer Ware (Ursprungszeugnis) und die Ausstellung von Zeugnissen über den Bestand von Handelsgebräuchen;"

17. Im § 17 wird das Wort "Kammeramtsdirektor" jeweils durch das Wort "Direktor" ersetzt. Ferner werden die Worte "des Kammeramtes" durch die Worte "der Kammerdirektion" ersetzt.

18. Im § 19 lautet der Abs. 3:

"(3) Die Erstattung von Vorschlägen, Berichten und Gutachten an die Bundesregierung, die Pflege der Beziehungen zu ausländischen Interessenvertretungen sowie die Errichtung eines Ständigen Internationalen Schiedsgerichts für Streitigkeiten, bei denen nicht alle Vertragsparteien, die die Schiedsvereinbarung geschlossen haben, zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hatten, fällt in den Wirkungsbereich der Bundeskammer."

19. Im § 19 Abs. 4 lit. b werden nach dem Klammerausdruck "(§ 59)" die Worte "einschließlich der diesbezüglichen haushaltsmäßigen Erfordernisse der nach diesem Bundesgesetz gebildeten Körperschaften" eingefügt.

20. Im § 20 lit. g wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt. Es wird angefügt:

"h) das Kuratorium des Wirtschaftsförderungsinstituts,

i) der Bundespersonalausschuß (§ 59 Abs. 1),

j) der Kontrollausschuß."

./5

- 5 -

21. § 22 Abs. 2 lautet:

"(2) Der Vorstand besteht aus dem Präsidium, den Obmännern der Sektionen der Bundeskammer und den Präsidien der Landeskammern sowie weiteren Mitgliedern, die in sinngemäßer Anwendung des § 96 a. bestellt werden."

22. Im § 24 Abs. 3 lautet der erste Satz: "Alle Fachverbände der Industrie, des Gewerbes und Handwerks sowie des Handels entsenden zusammen je zehn und alle Fachverbände des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, des Verkehrs und des Fremdenverkehrs je sechs Delegierte."

23. Im § 24 Abs. 4 lautet die lit. b:

"b) Erlassung der Schiedsgerichtsordnungen nach § 5 lit. f und § 19 Abs. 3;".

24. Im § 24 Abs. 4 lit. n wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt. Es wird folgende lit. o angefügt:

"o) die Tätigkeit der im Kammertag vertretenen Wählergruppen zu unterstützen."

25. § 28 Abs. 1 lautet:

"(1) Der Generalsekretär wird durch das Präsidium der Bundeskammer bestellt. § 17 Abs. 1 erster Satz gilt sinngemäß."

26. Im § 29 Abs. 3 wird im dritten Satz das Wort "sechs" durch das Wort "vier" ersetzt. Der vierte Satz lautet: "Die Landeskammern (§ 11 Abs. 4 lit. j) beschließen, welche Fachgruppen zu errichten sind; der Beschluß bedarf der Bestätigung durch den Vorstand der Bundeskammer."

27. Im § 30 lautet Abs. 3:

"(3) Der Ausschuß besteht aus mindestens 5 und höchstens 40 Mitgliedern."

28. Im § 30 Abs. 7 wird folgender Satz angefügt: "Die Fachgruppentagung ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder es verlangt."

. /6

- 6 -

29. § 31 Abs. 2 lautet:

"(2) Die Bestimmungen des § 29 Abs. 1 und 4 gelten sinngemäß."

30. Im § 32 wird der bisherige Wortlaut zu Abs. 1. Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

"(2) Die Fachverbände gelten mit dem Inkrafttreten der in Abs. 1 vorgesehenen Verordnung als errichtet."

31. Nach § 32 wird folgender § 32 a. eingefügt:

"§ 32 a. Weitere Aufgaben der nach dem Handelskammergesetz errichteten Körperschaften

Die Kammern, Fachgruppen und Fachverbände unterstützen im Rahmen ihres Wirkungsbereiches, soweit dem nicht gemeinsame Interessen entgegenstehen, auch einzelne Mitglieder und vertreten die Interessen der von ihnen erfaßten Teilgruppen. Sie können ihre Tätigkeit auf den Nachwuchs, ehemalige Mitglieder und auf die Angehörigen der Mitglieder erstrecken."

32. § 33 lautet:

"§ 33. Führung der Bezeichnung Kammer

(1) Die Führung der Bezeichnung Kammer mit einem auf die Wirtschaft oder auf einen Wirtschaftszweig hinweisenden Zusatz, wie Handelskammer, Kammer für Gewerbe usw., durch andere Organisationen als die nach diesem Gesetz errichteten Kammern (Bundeskammer) der gewerblichen Wirtschaft ist nur mit Genehmigung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten zulässig. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn der Genehmigungswerber eine Tätigkeit von größerer wirtschaftlicher Bedeutung erwarten läßt und Verwechslungen mit den nach diesem Bundesgesetz errichteten Körperschaften ausgeschlossen werden können. Vor Erteilung der Genehmigung ist die Bundeskammer zu hören. Die unbefugte Führung der Bezeichnung Kammer ist verboten und strafbar.

(2) Die Genehmigung ist bei mißbräuchlicher Verwendung der Bezeichnung Kammer zu widerrufen, ferner dann, wenn nicht mehr alle Voraussetzungen für ihre Erteilung gegeben sind."

33. Im § 35 wird folgender Satz angefügt: "Ausgenommen von der Zugehörigkeit zur Sektion Gewerbe und Handwerk sind ständig von einem Auftraggeber betraute Warenpräsentatoren sowie Holdinggesellschaften, soweit sie nach der überwiegenden Erwerbstätigkeit der von ihnen erfaßten Unternehmungen einer anderen Sektion zuzuordnen sind."

. /7

- 7 -

34. Im § 37 wird folgender Satz angefügt: "Der Sektion Handel gehören ferner die Videotheken und die ständig von einem Auftraggeber betrauten Warenpräsentatoren an."

35. Im § 38 wird nach dem Wort "Lottokollekturen" ein Beistrich gesetzt. Es treten an die Stelle der Worte "und von Geschäftsstellen der Klassenlotterie" die Worte "von Geschäftsstellen der Klassenlotterie sowie der Unternehmungen für Ausspielungen nach §§ 6 bis 12 Glücksspielgesetz, BGBl.Nr. 620/1989."

36. Im § 44 werden im zweiten Satz nach dem Wort "Fachgruppen" die Worte "und die Sektionen der Landeskammern" eingefügt.

37. Im § 45 Abs. 1 lautet der zweite Satz: "Das Wahlrecht juristischer Personen, offener Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und eingetragener Erwerbsgesellschaften wird durch mit Firmenvollmacht ausgestattete Vertreter ausgeübt."

38. Im § 45 lauten die Abs. 2 bis 6 wie folgt:

"(2) Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind alle physischen und juristischen Personen sowie offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und eingetragenen Erwerbsgesellschaften, über deren Vermögen ein Konkurs- oder hinsichtlich derer ein Ausgleichsverfahren eröffnet ist oder bei denen innerhalb der letzten zwei Jahre ein Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens mangels Vermögens abgewiesen wurde.

(3) Ausgeschlossen vom Wahlrecht und seiner Ausübung nach Abs. 1, zweiter Satz, sind ferner alle physischen Personen,

a) die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

b) die vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen sind oder bei Besitz der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen wären.

(4) Wählbar sind alle wahlberechtigten (Abs. 1 und Abs. 2) österreichischen Staatsbürger, die das 19. Lebensjahr vollendet haben, wenn die das Wahlrecht begründende Berechtigung durch den Wahlwerber bzw. durch die juristische Person, offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft sowie eingetragene Erwerbsgesellschaft, deren Vertreter gewählt werden soll, ausgeübt wird. Zur Ausübung eines Saisonbetriebes berechnigte Personen sind nur wählbar, wenn sie ihre Berechtigung in den letzten zwölf Monaten wenigstens zeitweise ausgeübt haben.

(5) Die Wahlberechtigung nach Abs. 1 und Abs. 2 sowie die Wählbarkeit nach Abs. 3 und Abs. 4 richten sich nach den Verhältnissen am Stichtag (§ 78 Abs. 4).

. /8

- 8 -

(6) Die Wiederwahl in ein und dieselbe Funktion als Individualorgan, ausgenommen die eines Vorsteher-Stellvertreters einer Fachgruppe, ist für die unmittelbar folgende Funktionsperiode nur zweimal zulässig. Wurde die Funktion nur während eines Zeitraums von höchstens der Hälfte der Funktionsperiode ausgeübt, bleibt diese Funktionsausübung unberücksichtigt."

39. Im § 47 Abs. 3 wird an Stelle des letzten Satzes folgendes angefügt:

"Die ihnen bei Ausübung ihrer Tätigkeit erwachsenden Auslagen werden in der Art und dem Ausmaß vergütet, wie es der Vorstand der Bundeskammer festlegt. Aufwandsentschädigungen als pauschalierter Auslagenersatz und Funktionsentschädigungen können nur Funktionären mit größerer Inanspruchnahme durch die Funktion gewährt werden. Die nähere Regelung trifft der Vorstand der Bundeskammer mit Genehmigung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten. Der Vorstand hat dabei insbesondere auf das Ausmaß der zeitlichen Inanspruchnahme, die Mitgliederzahl der betreffenden Körperschaft sowie deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Bedacht zu nehmen. Die Funktionsentschädigung des Präsidenten der Bundeskammer darf zwei Drittel des Anfangsbezugs des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten einschließlich Auslagenersatz nicht übersteigen. Die Aufwandsentschädigungen und Funktionsentschädigungen der anderen Funktionäre sind angemessen abgestuft unter der Funktionsentschädigung des Präsidenten der Bundeskammer festzusetzen. Aufwandsentschädigungen und Funktionsentschädigungen gebühren nicht mehr als zwölfmal pro Jahr; Abfertigungen und Ruhe- oder Versorgungsgenüsse sind nicht vorgesehen."

40. § 47 Abs. 4 lautet:

"(4) Einzelorgane und Mitglieder von Kollegialorganen, bei denen nachträglich Umstände eintreten, die ihre Wählbarkeit ausschließen, sind von der zuständigen Hauptwahlkommission abzurufen. Wurden wegen Inanspruchnahme einer Sozialversicherungspension die Berechtigungen nach § 3 zurückgelegt oder andere die Wählbarkeit begründende Tätigkeiten eingestellt, ist eine Abberufung erst sieben Monate ab dem Erlöschen sämtlicher Berechtigungen sowie der Einstellung der betreffenden Tätigkeiten zulässig. Einzelorgane und Mitglieder von Kollegialorganen, bei denen nachträglich Umstände bekanntwerden, die ihre Wählbarkeit bereits im Zeitpunkt der Wahl ausgeschlossen haben, oder die sich eine gröbliche Verletzung oder Vernachlässigung ihrer Pflichten zuschulden kommen lassen, sind von der Aufsichtsbehörde abzurufen."

41. Im § 47 Abs. 6 wird folgender Satz angefügt: "Die Hauptwahlkommission hat von der Fortsetzung des Wahlverfahrens abzugehen, diese Tatsache zu verlautbaren und das betreffende Einzelorgan als gewählt zu erklären."

./9

- 9 -

42. Im § 47 wird folgender Abs. 7 angefügt:

"(7) Jedem gewählten Einzelorgan kann vom Kollegialorgan, das es gewählt hat, das Mißtrauen ausgesprochen werden. Damit endet die Funktion des Einzelorgans. Ein diesbezüglicher, mit Gründen versehener Antrag ist auf die Tagesordnung des Kollegialorgans zu setzen, wenn er spätestens drei Wochen vor der Sitzung eingelangt ist, andernfalls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Es ist zunächst über die Zulassung des Antrags abzustimmen. Die Abstimmung über den Antrag selbst ist frühestens zwei Monate nach Zulassung des Antrags zulässig. Für beide Abstimmungen ist die Anwesenheit von drei Viertel der Mitglieder und eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen erforderlich. Stimmen bei der Abstimmung über den Antrag so viele Mitglieder des Kollegialorgans dagegen wie der einfachen Mehrheit der Mitglieder jener Wählergruppe entspricht, welcher das Individualorgan angehört, ist der Antrag abgelehnt."

43. Im § 51 a. Abs. 1 wird folgender Satz angefügt: "Der Fachverbandstag ist ferner dann beschlußfähig, wenn die Einladung samt der Tagesordnung an die Mitglieder des Fachverbandstages mindestens vierzehn Tage vor dem Sitzungstermin mittels bescheidniger Postsendung ergangen ist."

44. Im § 52 Abs. 2 lautet der erste Satz: "Er ist der gesetzliche Vertreter der Landeskammer (Bundeskammer), er leitet und überwacht ihre gesamte Geschäftsführung und besorgt die laufenden Geschäfte, soweit sie nicht das Präsidium befassen."

Im zweiten Satz wird das Wort "Kammeramtsdirektor" durch das Wort "Direktor" ersetzt.

45. Im § 57 Abs. 1 wird nach dem ersten Satz eingefügt: "Hat ein Kammermitglied gemeinsam mit einem oder mit mehr als einem anderen Kammermitglied eine Arbeitsgemeinschaft auf Dauer gebildet, so wird die Umlage durch die Arbeitsgemeinschaft entrichtet."

46. Im § 57 a. Abs. 4 werden der vorletzte und der letzte Satz durch folgenden Satz ersetzt: "Die Grundumlage ist unbeschadet der Bestimmung des letzten Satzes des Abs. 6 eine unteilbare Jahresumlage; sie ist auch für das Kalenderjahr zu entrichten, in dem die Berechtigung erworben wird oder erlischt."

47. Im § 57 a. lautet der Abs. 6:

"(6) Wird die Grundumlage mit einem festen Betrag nach Abs. 5 lit. b festgesetzt, so ist sie von natürlichen Personen, offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften sowie von eingetragenen Erwerbsgesellschaften in einfacher Höhe zu entrichten,

. /10

- 10 -

von Gebietskörperschaften, Genossenschaften, Vereinen und allen anderen juristischen Personen in doppelter Höhe. In den Fällen des Abs. 5 lit. a kann die Grundumlage ausgehend von der Bemessungsgrundlage in einem Hundert- oder Tausendsatz der Bemessungsgrundlage oder mit festen Beträgen festgesetzt werden. Wird die Grundumlage in einem Tausendsatz von der Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme einschließlich der Zulagen oder in einem Tausendsatz von der Umsatzsumme festgesetzt, so darf sie nicht mehr als 15 v. T. der Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme einschließlich der Zulagen bzw. nicht mehr als 5 v. T. der Umsatzsumme betragen; bei allen anderen variablen Bemessungsgrundlagen darf die Grundumlage jedenfalls nicht mehr als 5 v. T. der Umsatzsumme betragen. Wird die Grundumlage in einem festen Betrag festgesetzt (Abs. 5 lit. b), darf sie S 90.000,-, und zwar auch in doppelter Höhe des Normalsatzes, nicht übersteigen. Für ruhende Berechtigungen und für Verpächter ist, wenn diese Voraussetzung für das ganze Kalenderjahr zutrifft, die Grundumlage nur in halber Höhe festzusetzen. Besteht die Mitgliedschaft zu einer Fachgruppe nicht länger als die Hälfte eines Kalenderjahres, ist die Grundumlage für dieses Kalenderjahr nur in halber Höhe zu entrichten."

48. Im § 57 b. wird im Abs. 1 nach dem zweiten Satz eingefügt:
"Die Beschlußfassung über die Eintragungsgebühren beim Gemischtwarenhandel obliegt der Landeskammer nach Anhörung der Sektion Handel."

49. Im § 57 b. lautet der Abs. 2:

"(2) Der Normalsatz der Eintragungsgebühr beträgt, und zwar auch beim Gemischtwarenhandel, höchstens S 5.000,-. Die Eintragungsgebühr ist von natürlichen Personen, offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften sowie von eingetragenen Erwerbsgesellschaften in einfacher Höhe zu entrichten, von Gebietskörperschaften, Genossenschaften, Vereinen und allen anderen juristischen Personen in doppelter Höhe. Die Eintragungsgebühr ist bei Erlangung einer zweiten und dritten die Mitgliedschaft zur selben Fachgruppe (zum selben Fachverband) begründenden Berechtigung nicht, bei jeder weiteren Berechtigung jedoch wieder in voller Höhe zu entrichten. Der Erlangung einer weiteren Berechtigung ist die Anzeige einer weiteren Betriebsstätte gleichzuhalten."

50. Im § 57 b. lautet der Abs. 3:

"(3) Keine Eintragungsgebühr ist zu entrichten

a) bei Umwandlungen oder Verschmelzungen, insbesondere bei abgabenbegünstigten Vorgängen nach dem Strukturverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 69/1969;

b) bei befristeten Berechtigungen aus Anlaß der Verlängerung (Erneuerung) der Berechtigungen, sei es vor Ablauf der Frist oder innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten nachher; dies gilt

. /11

- 11 -

auch dann, wenn die erneuerte gleichartige Berechtigung auf einen anderen Standort innerhalb des räumlichen Wirkungsbereiches der Fachgruppe lautet;

c) bei Erwerb des Unternehmens des Verpächters durch den Pächter, ferner dann, wenn die Berechtigung des Pächters infolge Verpächterwechsels erneuert werden muß;

d) bei Übergang eines Betriebes auf einen Deszendenten, Aszendenten, Ehegatten, ferner auf ein Stief-, Wahl- oder Schwiegerkind, sei es, daß der Betrieb durch Übergabe unter Lebenden oder im Erbweg übergeht; Änderungen der Rechtsform sind unerheblich, wenn es sich bei wirtschaftlicher Betrachtung um einen Übergang im vorstehenden Sinn handelt;

e) bei Wiedererlangung der Berechtigung(en) nach Erlangung einer Alters- oder Erwerbsunfähigkeitspension (§ 249 Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, in der jeweils geltenden Fassung);

f) bei Verlegung eines Betriebes von einem Bundesland in ein anderes."

51. Im § 57 b. wird folgender Abs. 3a angefügt:

"(3a) Für ambulante Unternehmungen, die der Sektion Fremdenverkehr angehören, ist bei Nachweis der Entrichtung der Eintragungsgebühr im Bereich einer Landeskammer anlässlich der Erlangung einer gleichartigen Berechtigung im Bereich einer anderen Landeskammer einmalig eine Eintragungsgebühr in der Höhe von 10 Prozent der für Unternehmungen der gleichen Art festgesetzten Eintragungsgebühr zu entrichten."

52. Im § 57 c. Abs. 2 lautet die lit. f:

"f) Gebühren für Sonderleistungen des Fachverbandes für das Güterbeförderungsgewerbe auf Grund des Güterbeförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 63/1952, in der jeweils geltenden Fassung, und Sonderleistungen für den Fernverkehr (§ 3 Abs. 5 Güterbeförderungsgesetz) auf dem Sektor der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie der Fahrer- und Unternehmensbetreuung im Ausland."

53. Im § 57 g. Abs. 2 lautet der zweite Satz:

"Gegen den Bescheid der Landeskammer (Sektion Handel) nach Abs. 1 steht binnen zwei Wochen die Berufung an die Bundeskammer offen, gegen deren Entscheidung kein weiteres ordentliches Rechtsmittel zulässig ist."

54. Dem § 57 g. wird folgender Abs. 4 angefügt:

./12

- 12 -

"(4) Die Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 sind auf Gebühren für Sonderleistungen sinngemäß anzuwenden. Gegen einen Berufungsbescheid einer Landeskammer ist jedoch keine weitere Berufung zulässig."

55. Im § 57 h. Abs. 3 wird nach dem vorletzten Satz eingefügt: "Delegierungsbeschlüsse nach § 53 a. sind im Bereich der einzelnen Landeskammern im Mitteilungsblatt der betreffenden Landeskammer, sonst in den Mitteilungsblättern aller Landeskammern zu veröffentlichen."

56. Dem § 58 Abs. 1 wird angefügt: "Der Kontrollausschuß besteht aus 15 Mitgliedern. Der Vorsitzende darf jener Wählergruppe nicht angehören, die den Präsidenten stellt."

57. Im § 58 Abs. 2 lautet der erste Satz: "Der Kontrollausschuß wird vom Kammertag nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt, wobei auf jede im Kammertag vertretene Wählergruppe zumindest ein Mandat zu entfallen hat."

58. § 58 Abs. 5 lautet:

"(5) Der Kontrollausschuß hat außer der ziffernmäßigen Richtigkeit und Rechtmäßigkeit auch die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung zu prüfen. Er ist berechtigt, bei Meinungsverschiedenheiten mit der betreffenden Kammer den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten anzurufen."

59. Im § 59 Abs. 1 vierter Satz werden nach dem Wort "Einvernehmen" die Worte "abgesehen von Versetzungen" eingefügt. Der fünfte Satz entfällt.

Im § 59 Abs. 2 wird das Wort "disziplinerer" durch das Wort "fachlicher" ersetzt.

60. Im § 59 werden die Abs. 5 und 6 angefügt:

"(5) Die Bundeskammer gilt hinsichtlich des gesamten in ihrem Bereich, einschließlich der Bundessektionen und Fachverbände, beschäftigten Personals als Betrieb im Sinne des § 34 Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974. Dasselbe gilt für jede Landeskammer hinsichtlich des gesamten in ihrem Bereich, einschließlich der Sektionen und Fachgruppen, beschäftigten Personals.

(6) Die Gesamtheit der nach diesem Bundesgesetz errichteten Körperschaften bildet eine wirtschaftliche Einheit im Sinne des § 40 Abs. 4 Arbeitsverfassungsgesetz."

61. Im § 61 Abs. 1 werden die Worte "des Kammeramtes" durch die Worte "der Kammerdirektion" ersetzt.

. /13

- 13 -

62. § 61 Abs. 2 lautet:

"(2) Die Aufgaben der Wirtschaftsförderungsinstitute sind insbesondere:

- a) allgemeine Wirtschaftsförderung,
- b) technische und betriebswirtschaftliche Wirtschaftsförderung,
- c) Werbung und Öffentlichkeitsarbeit,
- d) Messen, Ausstellungen, Musterschauen,
- e) Wirtschaftsförderung in den Bereichen Kunst, Kultur und Design,
- f) berufliche Aus- und Weiterbildung,
- g) Wirtschaftsförderung durch Film und Audiovision."

63. § 62 lautet:

"§ 62. Geschäftsführung der Wirtschaftsförderungsinstitute

(1) Das Wirtschaftsförderungsinstitut jeder Landeskammer und das Wirtschaftsförderungsinstitut der Bundeskammer werden von je einem Kuratorium verwaltet. Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte den Kurator, dem Sitz und beratende Stimme im Vorstand der Landeskammer (Bundeskammer) zukommt.

(2) Die Mitglieder des Kuratoriums des Wirtschaftsförderungsinstitutes jeder Landeskammer werden von der Vollversammlung auf die Dauer ihrer Funktionsperiode mit mindestens zwei Drittel Mehrheit gewählt. Sie müssen nicht dem Kreise der Mitglieder der Vollversammlung angehören. Ihre Zahl wird in der Geschäftsordnung festgesetzt, die auch die angemessene Berücksichtigung aller Fachgruppen (Fachverbände) bei der Wahl der Kuratoriumsmitglieder zu regeln hat.

(3) Dem Kuratorium des bei der Bundeskammer errichteten Wirtschaftsförderungsinstitutes gehören an:

- a) die Kuratoren der Wirtschaftsförderungsinstitute der Landeskammern;
- b) weitere fünfzehn vom Kammertag mit mindestens zwei Drittel Mehrheit zu wählende Mitglieder, die nicht dessen Mitglieder sein müssen.

Der Kurator darf nicht zugleich Mitglied eines Kuratoriums des Wirtschaftsförderungsinstitutes einer Landeskammer sein.

(4) Jede Landeskammer und die Bundeskammer sorgen im Rahmen ihres Jahresvoranschlags für die Bereitstellung der zur Erfüllung der Aufgaben ihres Wirtschaftsförderungsinstitutes erforderlichen Mittel. Diese werden vom Kuratorium gemeinsam mit den etwa

. /14

- 14 -

aufgesparten Vermögensschaften sowie mit sonstigen dem Kuratorium zukommenden Zuwendungen (Subventionen) als Sondervermögen verwaltet und auf Grund eigener Beschlußfassung verwendet. Die Rechnungslegung erfolgt im Rahmen des Rechnungsabschlusses der Landeskammer (Bundeskammer)."

64. Im § 63 wird der bisherige Text zu Abs. 1. Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

"(2) Die staatlichen Behörden sind verpflichtet, der zuständigen Kammer der gewerblichen Wirtschaft unverzüglich alle Vorgänge bekanntzugeben, die zur Begründung oder Beendigung einer Mitgliedschaft nach § 3 führen."

65. § 66 lautet:

"§ 66 Verschwiegenheits- und Auskunftspflicht

(1) Alle Funktionäre und das gesamte Personal der nach diesem Gesetz gebildeten Körperschaften sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, zur Verschwiegenheit über alle ihnen aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, der umfassenden Landesverteidigung, der auswärtigen Beziehungen, im wirtschaftlichen Interesse der nach diesem Gesetz gebildeten Körperschaften, zur Vorbereitung einer Entscheidung oder im überwiegenden Interesse der Parteien geboten ist. Von dieser Verpflichtung hat der zuständige Vorgesetzte auf Verlangen eines Gerichtes oder einer Verwaltungsbehörde zu entbinden, wenn dies im Interesse der Rechtspflege oder im sonstigen öffentlichen Interesse liegt.

(2) Die nach diesem Gesetz gebildeten Körperschaften haben ihren Mitgliedern über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches Auskünfte zu erteilen, soweit eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht dem nicht entgegensteht und dadurch die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nicht verhindert wird. Bei der Auskunftserteilung ist nach dem Auskunftspflichtgesetz, BGBl. Nr. 287/1987, in der jeweils geltenden Fassung, vorzugehen."

66. § 67 lautet:

"§ 67. Auskunftspflicht der Mitglieder

Die Kammermitglieder sind verpflichtet, der Bundeskammer sowie den Landeskammern, Fachverbänden und Fachgruppen, denen sie angehören, Auskünfte über ihre Unternehmungen zu erstatten, soweit diese Auskünfte für die betreffenden Körperschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Die Auskünfte müssen rechtzeitig, vollständig und wahrheitsgetreu erteilt werden."

. /15

- 15 -

67. Dem § 68 wird folgender Abs. 3 angefügt:

"(3) Im aufsichtsbehördlichen Verfahren haben die nach diesem Bundesgesetz errichteten Körperschaften einschließlich der Sektionen und Fachvertretungen sowie die betroffenen Organe und Organwalter Parteistellung sowie das Recht, gegen aufsichtsbehördliche Bescheide vor dem Verwaltungsgerichtshof Beschwerde zu führen."

68. Im § 76 Abs. 3 wird nach dem dritten Satz eingefügt: "Bezieher einer Pension nach dem Gewerblichen Sozialversicherungsge-
setz, BGBl.Nr. 560/1978, in der jeweils geltenden Fassung, gelten als wählbare Personen."

69. § 78 Abs. 2 lautet:

"(2) In der Wahlkundmachung müssen alle für die Wählergruppen und Wahlberechtigten zur Beteiligung an der Wahl erforderlichen Angaben enthalten sein. Sie muß insbesondere enthalten:

a) die Aufforderung, daß Wahlvorschläge schriftlich bei der Hauptwahlkommission mindestens sechs Wochen vor dem ersten Wahltag eingereicht werden müssen, widrigenfalls sie nicht berücksichtigt werden,

b) die Bestimmung, daß die Wahlvorschläge mindestens einen Bewerber enthalten müssen und nicht mehr Bewerber enthalten dürfen, als Mandate für Mitglieder und Ersatzmitglieder zur Vergebung gelangen,

c) die Bestimmung, daß die Wahlvorschläge von mindestens 2 v. H. der Wahlberechtigten, mindestens jedoch von zwei Wahlberechtigten und, wenn die Zahl der Wahlberechtigten 500 übersteigt, von 10 Wahlberechtigten, in jedem Fall höchstens vom sovielten Teil der Wahlberechtigten, als Mandate für Mitglieder zur Vergebung gelangen, unterzeichnet sein müssen; Bruchteile von mehr als 50 v. H. sind aufzurunden, bis einschließlich 50 v. H. abzurunden. Neben der Unterschrift ist der Name in Klarschrift auszuweisen."

70. Im § 78 Abs. 3 entfallen die Worte "von fünf oder".

71. Im § 78 wird der bisherige Abs. 4 zu Abs. 5. Es wird folgender Abs. 4 eingefügt:

"(4) Stichtag ist der Tag der Wahlausschreibung. Nach ihm bestimmen sich die Voraussetzungen des Wahlrechtes und der Wählbarkeit."

72. Im § 79 Abs. 1 lautet der zweite Satz: "Sie beträgt bei Fachgruppen mindestens 5, höchstens aber 40, bei Fachvertretungen

. /16

- 16 -

mindestens 1, höchstens 4 Mandate und ist unter Berücksichtigung der Zahl der Wahlberechtigten sowie der wirtschaftlichen Bedeutung des betreffenden Berufszweiges zu bestimmen."

73. Im § 80 lautet der Abs. 3:

"(3) Juristische Personen, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften sowie eingetragene Erwerbsgesellschaften haben zur Ausübung des Wahlrechtes eine physische Person zu bevollmächtigen; eine Erklärung über die erteilte Vollmacht hat die physische Person vorzulegen."

74. Im § 80 entfällt der Abs. 4.

75. Im § 81 lautet der Abs. 2:

"(2) Bei juristischen Personen, offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften sowie eingetragenen Erwerbsgesellschaften ist das passive Wahlrecht nicht an die Person gebunden, durch die das aktive Wahlrecht ausgeübt wird. Wählbar ist auch jeder andere Gesellschafter, jedes andere Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied bzw. jeder andere Geschäftsführer oder Prokurist der juristischen Person, Personengesellschaft oder eingetragenen Erwerbsgesellschaft, sofern diese juristische Person, Personengesellschaft oder eingetragene Erwerbsgesellschaft für den Betreffenden eine firmenmäßig gezeichnete Einverständniserklärung ausstellt. Die Einverständniserklärung ist unwiderruflich. Sie erlischt jedoch bei Ausscheiden des Mandatars (Bewerbers) aus der betreffenden juristischen Person bzw. Gesellschaft."

76. Im § 81 entfällt der Abs. 3.

77. Im § 84 Abs. 1 entfallen die Worte "fünf oder".

78. Im § 84 lautet der Abs. 2:

"(2) Die Wahlvorschläge müssen von der in der Wahlkundmachung angeführten Mindestzahl von Wahlberechtigten unter Beifügung des Standortes der Berechtigung unterzeichnet sein. Neben der Unterschrift ist der Name in Klarschrift auszuweisen."

79. Im § 86 Abs. 1 wird nach dem dritten Satz folgender Satz eingefügt: "Für die Ausübung des Rechtes nach Abs. 7 ist eine entsprechende Rubrik vorzusehen."

80. Im § 86 wird folgender Abs. 7 eingefügt:

. /17

- 17 -

"(7) Der Wähler kann auf dem amtlichen Stimmzettel den Namen eines bestimmten Bewerbers der von ihm gewählten Wählergruppe bezeichnen (Vorzugsstimme). Ferner kann der Wähler einen oder mehrere Bewerber der von ihm gewählten Wählergruppe streichen."

81. Im § 86 wird der bisherige Abs. 7 zu Abs. 8.

82. Nach § 86 wird folgender § 86 a. eingefügt:

"§ 86 a. Wahlkarten

(1) Wahlberechtigte, die sich voraussichtlich am Wahltag (an den beiden Wahltagen) an einem anderen Ort als dem der zuständigen Zweigwahlkommission aufhalten werden, haben Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte für jede in Betracht kommende Direktwahl. Der Anspruch ist bei der Hauptwahlkommission der für den Wahlberechtigten zuständigen Landeskammer spätestens drei Wochen vor dem (ersten) Wahltag schriftlich oder mündlich geltend zu machen. In den Fällen des § 80 Abs. 3 ist schriftlich mitzuteilen, wer zur Ausübung des Wahlrechtes bevollmächtigt wird. Die Hauptwahlkommission hat dem Wahlberechtigten die Wahlkarte samt amtlichem Stimmzettel und Wahlkuvert unverzüglich zu übermitteln.

(2) Eine Wahl mit Wahlkarten ist bei allen Zweigwahlkommissionen im gesamten Bundesgebiet zulässig. Die mit Wahlkarten abgegebenen Stimmzettel sind der Hauptwahlkommission der betreffenden Landeskammer zuzuleiten und von dieser unverzüglich an die zuständigen Wahlkommissionen der betreffenden Landeskammer, wenn aber eine andere Landeskammer zuständig ist, an deren Hauptwahlkommission weiterzuleiten.

(3) Das Ermittlungsverfahren darf im gesamten Bundesgebiet erst dann eingeleitet werden, wenn sämtliche mit Wahlkarten abgegebenen Stimmzettel bei den zuständigen Wahlkommissionen eingelangt sind.

(4) Das Nähere regelt die Wahlordnung."

83. § 88 Abs. 3 lautet:

"(3) Jede Wählergruppe erhält so viele Mandate, als die Wahlzahl in ihrer Stimmensumme enthalten ist. Wenn nach dieser Berechnung zwei Wählergruppen auf ein Mandat den gleichen Anspruch haben, so entscheidet das Los."

84. Im § 88 werden folgende Abs. 4 und 5 angefügt:

"(4) Hat eine Wählergruppe nach den Bestimmungen der Abs. 2 und 3 kein Mandat erhalten, kann sie, wenn zumindest 5 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen auf sie entfallen, einen Bewerber als Ausschußmitglied mit beratender Stimme entsenden. Entfallen

. /18

- 18 -

auf eine solche Wählergruppe jedoch zumindest 10 v.H. der abgegebenen gültigen Stimmen, gilt der erste nichtberufene Bewerber als gewählt. Das Mandat wird der im Wahlkatalog festgelegten Mandatszahl hinzugeschlagen. Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für die Wahl der Fachvertreter.

(5) Zunächst erhält der auf der Liste eines veröffentlichten Wahlvorschlags letztgereichte Bewerber (für ein Mandat als Mitglied oder ein Mandat als Ersatzmitglied) einen Punkt, jeder vor ihm gereichte Bewerber entsprechend mehr Punkte (z.B. der an vorletzter Stelle gereichte Bewerber zwei Punkte). Der erstgereichte Bewerber erhält soviel Punkte, als Bewerber auf der Liste des betreffenden Wahlvorschlags aufscheinen. Jeder Bewerber erhält für jede Eintragung seines Namens auf dem amtlichen Stimmzettel (Vorzugsstimme) insgesamt soviel Wahlpunkte zugeteilt, wie der erstgereichte Bewerber zunächst erhalten hat. Für jede Streichung werden die dem Bewerber zunächst zugeteilten Wahlpunkte abgezogen. Die Gesamtzahl der Wahlpunkte der einzelnen Bewerber wird durch die Wahlkommission ermittelt. Die Reihenfolge der Zuweisung der Mandate richtet sich hiebei nach der Reihenfolge der Wahlpunktzahlen eines jeden Bewerbers, wobei die Reihenfolge mit der Höchstzahl der Wahlpunkte beginnt, der jeweils die nächstniedrigere Anzahl Wahlpunkte folgt. Hätten nach den vorstehenden Bedingungen zwei oder mehrere Bewerber auf die Zuweisung eines Mandats den gleichen Anspruch, weil sie die gleiche Anzahl von Wahlpunkten aufweisen, so ist, wenn es sich um die Zuweisung nur eines einzigen der betreffenden Wählergruppe zufallenden Mandats oder um die Zuweisung des in Betracht kommenden letzten an diese Wählergruppe zu vergebenden Mandats handelt, die Reihenfolge der Bewerber auf dem Wahlvorschlag maßgebend."

85. § 92 Abs. 3 lautet:

"(3) Zur Erstattung eines Wahlvorschlags ist jedes Mitglied eines Fachgruppenausschusses (jeder Fachvertreter) berechtigt, sofern es die Zustimmung von mehr als der Hälfte jener Mitglieder des Fachgruppenausschusses (der Fachvertreter), die seiner Wählergruppe angehören, nachweist. Wenn kein anderer Wahlvorschlag erstattet wird, gelten die Listenführer und ihre beiden Nachmänner als Wahlwerber. Die Wahl ist nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes durchzuführen. Sie ist geheim."

86. Im § 92 Abs. 4 lautet der erste Satz: "Die Bestimmungen des § 88 Abs. 1 bis 3 gelten sinngemäß."

87. § 93 Abs. 1 lautet:

"(1) Zugleich mit den Wahlen in die Fachgruppenausschüsse (der Fachvertreter) sind die Wahlen in die Sektionsleitungen durchzuführen. Die Bestimmungen für die Wahlen in die Fachgruppenausschüsse (§§ 78 bis 91) gelten mit der Maßgabe sinngemäß, daß in

./19

- 19 -

der Sektion Handel die Wahlzahl unter Außerachtlassung des den Konsumgenossenschaften vorbehaltenen Mandats zu errechnen ist und dieses Mandat dem vom Landesgremium der Konsumgenossenschaften zu entsendenden Vertreter zufällt."

88. § 93 Abs. 4 lautet:

"(4) Die Sektionsleitung wird von allen zur Sektion gehörigen Kammermitgliedern gewählt. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme. Die Mitglieder aus dem Bereich der Konsumgenossenschaften sind in der Sektion Handel nicht wahlberechtigt."

89. Die §§ 94 und 95 entfallen.

90. Nach § 96 wird folgender § 96 a. eingefügt:

" § 96 a.

Bestellung weiterer Mitglieder des Vorstands

Ist eine Wählergruppe, die für die Wahlen in eine, mehrere oder sämtliche Sektionsleitungen einen gültigen Wahlvorschlag eingebracht hat, im Vorstand nicht vertreten, kann sie, wenn auf sie zumindest 10 v.H. der im Bereich aller Sektionen abgegebenen gültigen Stimmen entfallen sind, ein Vorstandsmitglied entsenden. Hat eine solche Wählergruppe weniger als 10 v.H., aber zumindest 5 v.H. der Stimmen erreicht, kann sie ein Vorstandsmitglied mit beratender Stimme entsenden."

91. § 97 Abs. 2 lautet:

"(2) Im übrigen finden die Bestimmungen des § 92 sinngemäß Anwendung, jedoch gilt hievon abweichend, daß die Wahlvorschläge nicht auf Mitglieder der Vollversammlung beschränkt sind, sondern jedes passiv wahlberechtigte Mitglied wählbar ist und die Wahl des Präsidenten mit dem Erfordernis der unbedingten Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen vorweg durchgeführt wird. Erreicht keiner der Kandidaten die unbedingte Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, welche die meisten Stimmen erreicht haben. Die anderen Mitglieder des Kammerpräsidiums werden sodann nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt, wobei das Mandat des Kammerpräsidenten anzurechnen ist. Zur Erstattung des Wahlvorschlages können sich die Listenföhrer der in den Sektionsleitungen vertretenen Wählergruppen zusammenschließen."

92. Nach § 97 lauten die Überschrift sowie die §§ 98 bis 100:

. /20

- 20 -

"Teil G

Besetzung der Fachverbandsausschüsse und der Bundessektionsleitungen, Wahlen im Bereich der Fachverbände, Bundessektionen und der Bundeskammer**§ 98. Besetzung der Fachverbandsausschüsse**

(1) Nach Durchführung der Wahlen der Fachgruppenausschüsse und der Fachvertreter hat die bei der Bundeskammer gebildete Hauptwahlkommission in sinngemäßer Anwendung des § 76 für jede Sektion eine Wahlkommission zu bestellen.

(2) Die Wahlkommission hat die Mandate der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Fachverbandsausschüsse zu besetzen. Die Anzahl der Mitglieder der Fachverbandsausschüsse ist im Wahlkatalog unter Berücksichtigung der Zahl der wahlberechtigten Mitglieder und der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Fachverbände festzusetzen. Sie beträgt mindestens 6, höchstens aber 40 Mandate. Es ist die gleiche Anzahl von Ersatzmitgliedern zu berufen.

(3) Die Hauptwahlkommission hat jene Wählergruppen, die in der betreffenden Sektion Mandate für Fachgruppenausschußmitglieder oder Fachvertreter erhalten haben, aufzufordern, binnen einer Woche mitzuteilen, ob und bejahendenfalls mit welchen Wählergruppen sie sich zu einer Wählergruppe vereinigen, und die von ihnen für die Besetzung der Mandate vorgesehenen Personen als Besetzungsvorschlag in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen für Wahlvorschläge einzureichen. Es können nur Personen vorgeschlagen werden, die bei der Wahl der betreffenden Fachgruppenausschüsse und Fachvertreter passiv wahlberechtigt waren oder bei Durchführung einer Wahl gewesen wären.

(4) Die Hauptwahlkommission hat nach Ablauf der in Abs. 3 genannten Frist unverzüglich die Mandate in sinngemäßer Anwendung des § 88 Abs. 2 und 3 auf die einzelnen Wählergruppen aufzuteilen. § 88 Abs. 4 ist sinngemäß anzuwenden.

(5) Die Namen der Personen, mit denen die Mandate besetzt werden, sind zu veröffentlichen. § 91 ist sinngemäß anzuwenden.

§ 99. Wahl der Vorsteher der Fachverbände und ihrer beiden Stellvertreter

Nach der Veröffentlichung gemäß § 98 Abs. 5 ist die Wahl des Vorstehers und seiner beiden Stellvertreter durchzuführen. Die Bestimmungen des § 92 gelten sinngemäß.

. /21

- 21 -

§ 100. Besetzung der Bundessektions- leitungen

(1) Die Bestimmungen des § 98 gelten sinngemäß mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Fachgruppen und Fachvertretungen die Fachverbände treten.

(2) Einschließlich des Sektionspräsidiums ist die Sektionsleitung der Sektion Gewerbe und Handwerk, der Sektion Industrie sowie der Sektion Handel mit je 13 und die Sektionsleitung der Sektion Geld-, Kredit- und Versicherungswesen, Sektion Verkehr und der Sektion Fremdenverkehr mit je 9 Mitgliedern zu besetzen. Hinzu kommen allfällige Mandate nach § 88 Abs. 4. Von den 10 Mandaten der Sektion Handel ist ein Mandat für ein Mitglied des Bundesgremiums der Konsumgenossenschaften vorbehalten. Ein Fachverband soll höchstens durch zwei Mitglieder in der Sektionsleitung vertreten sein.

(3) In der Sektion Handel ist die Wahlzahl unter Außerachtlassung des den Konsumgenossenschaften vorbehaltenen Mandats zu errechnen. Dieses Mandat fällt dem vom Bundesgremium der Konsumgenossenschaften zu entsendenden Vertreter zu."

93. § 106 lautet:

"§ 106. Fristen

Für die in diesem Bundesgesetz vorgesehenen Zustellungen sind die Bestimmungen des Zustellgesetzes, BGBl.Nr. 200/1982, in der jeweils geltenden Fassung, für die Berechnung und den Lauf der in diesem Bundesgesetz vorgesehenen Fristen sind die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl.Nr. 51/1991, in der jeweils geltenden Fassung, anzuwenden."

Artikel II

Übergangs- und Schlußbestimmungen.

(1) Sämtliche Fachgruppen und Fachverbände, die bei Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes nach den Bestimmungen der Handelskammer-Wahlordnung in der geltenden Fassung bestehen, gelten als den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen gemäß errichtet und ihre Beschlüsse und sonstigen rechtlich bedeutsamen Akte als gesetzmäßig zustande gekommen. Dasselbe gilt auch für jene Fachvertretungen, die durch den Widerruf von Beschlüssen auf Errichtung von Fachgruppen wirksam geworden sind.

(2) Funktionsbezeichnungen können in der Form verwendet werden, die das Geschlecht des Funktionsinhabers oder der Funktionsinhaberin zum Ausdruck bringt.

. /22

- 22 -

(3) Das Wort "Einverleibungsgebühr" wird im Handelskammergesetz durch das Wort "Eintragungsgebühr" ersetzt. Dasselbe gilt für Wortverbindungen, in denen es verwendet wird.

(4) Wird in diesem Bundesgesetz der Bundesminister oder das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie genannt, ist diese Anführung durch den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten zu ersetzen.

(5) Die Worte "Sektion Gewerbe" werden in allen bundesgesetzlichen Regelungen durch die Worte "Sektion Gewerbe und Handwerk" ersetzt. Dasselbe gilt für Wortverbindungen, in denen sie verwendet werden.

Artikel III

Inkrafttreten.

(1) Dieses Bundesgesetz tritt, sofern im folgenden nichts anderes bestimmt ist, mit 1. Jänner 1992 in Kraft. Die Bestimmungen des Artikels I Z. 38, 41, 45 bis 51, 68 bis 92 treten mit 1. Jänner 1993 in Kraft.

(2) Artikel I Z. 30 und Artikel II Abs. 1 treten rückwirkend mit 10. Oktober 1946 in Kraft.

(3) Verordnungen auf Grund dieses Bundesgesetzes können bereits mit dem seiner Kundmachung folgenden Tag erlassen werden; sie treten frühestens mit dem im Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt in Kraft.

(4) Die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, welche die Zusammensetzung von Organen abändern, sind, ausgenommen Art. I Z. 56, erst ab der nächsten Funktionsperiode (§ 47 Abs. 1 des Handelskammergesetzes) anzuwenden.

Artikel IV

Verfassungsbestimmung.

(1) Zu den Angelegenheiten der Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie im Sinne des Art. 10 Abs. 1 Z. 8 B-VG zählen gesetzliche Interessenvertretungen aller physischen und juristischen Personen sowie offener Handelsgesellschaften (Kommanditgesellschaften) und eingetragenen Erwerbsgesellschaften, die dem selbständigen Betrieb von Unternehmungen des Gewerbes, der Industrie einschließlich insbesondere des Bergbaues, des Handels einschließlich insbesondere der Tabakverschleißer, des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens einschließlich insbesondere der Geschäftsstellen der Klassenlotterie und der Lottokollekturen, des Verkehrs einschließlich insbesondere der Unternehmungen des drahtlo-

. /23

- 23 -

sen Nachrichtenverkehrs und der Kraftfahrschulen sowie des Fremdenverkehrs einschließlich insbesondere der Sanatorien, Kuranstalten, Heilbäder, Unterhaltungsstätten mit Musik und anderen Darbietungen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden, Privattheater, Lichtspieltheater, Konzertlokalunternehmungen, Konzert- und Künstleragenturen, Spielbanken und Kasinos sowie Schausteller dienen.

(2) Diese Bestimmung tritt mit 1. Jänner 1992 in Kraft.

Artikel V

Vollziehung.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, hinsichtlich des Art. I Z. 58 die Bundesregierung betraut.

Erläuternde Bemerkungen.

Die 8. Handelskammergesetznovelle soll die von der Handelskammerorganisation eingeleiteten Reformmaßnahmen - soweit sie legislativer Vorkehrungen bedürfen - realisieren.

Insbesondere sind Regelungen im Sinne einer Verstärkung des Persönlichkeits- und des direkten Wahlrechtes vorgesehen, desgleichen im Sinne verstärkter verbandsinterner Demokratie ein Ausbau der Mitgliederrechte sowie der Rechte der Minderheiten. Neben einer Verstärkung der Kontrolle sind Erleichterungen bei den Einverleibungsgebühren und Grundumlagen beabsichtigt. Weitere Änderungen des Gesetzes berücksichtigen die seit der letzten Handelskammergesetznovelle gewonnenen Erfahrungen.

Die wesentlichsten Punkte der Novelle betreffen:

Persönlichkeitswahl

1. Jeder Wähler (jede Wählerin) kann einem Bewerber (einer Bewerberin) der gewählten Wählergruppe eine Vorzugsstimme geben und beliebig viele Bewerber streichen.
2. Gleichzeitig mit den Mitgliedern der Fachgruppenausschüsse werden die Landessektionsleitungen in einer Urwahl bestimmt, so daß auf diese Weise auch die Vollversammlung der Landeskammer direkt gewählt ist.
3. Präsidenten, Vizepräsidenten, Sektionsobmänner, Vorsteher und deren Stellvertreter werden künftig ausnahmslos geheim gewählt.
4. Ein Präsident, Obmann, Vorsteher bzw. deren Stellvertreter (ausgenommen Fachgruppenvorsteher-Stellvertreter) können maximal nur noch durch drei Funktionsperioden dieselbe Einzelorganfunktion bekleiden, aber in eine andere Funktion und nach Auslassen ei-

- 2 -

ner Funktionsperiode auch wieder in die frühere Position gewählt werden.

5. Ein Mißtrauensantrag gegen einen Spitzenfunktionär kann in jedem Kollegialorgan eingebracht werden. Falls er zugelassen wird, kann frühestens nach zwei Monaten bei Anwesenheitspflicht von drei Vierteln der Mitglieder darüber abgestimmt werden; für eine Annahme ist Zweidrittel-Mehrheit erforderlich.

Mehr Mitglieder- und Minderheitenrechte

6. Ein Zehntel der Mitglieder einer Fachgruppe kann die Einberufung einer Fachgruppentagung verlangen.

7. Mindestens 200 Mitglieder können in den Vollversammlungen Anträge stellen und Vorschläge erstatten.

8. Ein einziger Bewerber genügt für die Einbringung eines Wahlvorschlags; er braucht nur zwei Prozent (nicht weniger als zwei, nicht mehr als zehn) Unterstützungsunterschriften; auch kann der Bewerber sich selbst unterstützen.

9. Eine Wählergruppe, die mindestens zehn Prozent der gültigen Stimmen, aber kein Mandat erhalten hat, bekommt einen Sitz mit Stimme, eine Wählergruppe mit mindestens fünf Prozent der Stimmen einen Sitz ohne Stimme im betreffenden Fachgruppenausschuß.

10. Zur Hebung der Wahlbeteiligung soll künftig eine Wahlkartenvahl zulässig sein.

. /3

Sonstige Änderungen

11. Die Einverleibungsgebühren (künftig: Eintragungsgebühren) soll es nur noch in zweifacher (bisher dreifacher) Staffelung geben und der Höchstsatz soll auch beim Gemischtwarenhandel nur 5.000 Schilling betragen. Für eine zweite und dritte Berechtigung ist keine Eintragungsgebühr zu entrichten; der Katalog der Befreiungen wird ausgeweitet.

12. Gemäß den Vorschlägen für die Eintragungsgebühren wird auch die Staffelung bei der Grundumlage abgemildert und bei ruhenden und verpachteten Berechtigungen die Grundumlage auf den halben Satz reduziert.

13. Im Kontrollausschuß, der 15 Mitglieder haben soll, wird jede im Kammertag vertretene Wählergruppe zumindest ein Mandat einnehmen. Der Vorsitzende wird nicht von der stärksten Wählergruppe gestellt.

14. Die ohnehin nicht gehandhabten Bestimmungen über die Verhängung von Ordnungsstrafen über Mitglieder bei Verletzung der Auskunftspflicht (aber nicht diese selbst) werden wegfallen.

- 4 -

Zu den einzelnen Bestimmungen.Zu Art. I Z. 1:

Der unveränderte § 1 Abs. 1 bedarf im Hinblick auf Art. IV nicht mehr des Verfassungsranges.

Zu Art. I Z. 2:

Die wirtschaftliche Bedeutung der Holdinggesellschaften läßt eine Einbeziehung in die Kammermitgliedschaft zweckmäßig erscheinen. Da Holdinggesellschaften keiner Gewerbeberechtigung bedürfen, ist ein besonderer Anknüpfungspunkt für die Kammermitgliedschaft notwendig. Ihre Eintragung in das Firmenbuch soll als Berechtigung im Sinne des § 3 Abs. 2 gelten. Die Sektionszugehörigkeit wird in Art. I Z. 33 geregelt.

Der im § 3 neu einzufügende Abs. 4 stellt klar, daß es im Zusammenhang mit dem im Handelskammergesetz verwendeten Begriff der Unternehmung nicht auf die Gewinnabsicht ankommt.

Zu Art. I. Z. 3:

Die in der Vollversammlung vertretenen Wählergruppen haben nicht nur bei den Kammerwahlen eine wesentliche Funktion, sondern sind für die Wirksamkeit der Handelskammerorganisation unausgesetzt Voraussetzung. Es ist daher gerechtfertigt, daß die Kammerorganisation umgekehrt auch ihnen Unterstützung angedeihen läßt.

Zu Art. I Z. 4:

Die Kompetenz zur Ausstellung von Zeugnissen über den Bestand von Handelsgebräuchen wird systematisch richtig nunmehr beim Kammeramt angeführt (§ 16 Z. 5). Siehe Art. I Z. 16.

Durch die Handelskammergesetznovelle 1974 wurde in § 5 lit. f die Zuständigkeit der Bundeskammer zur Errichtung eines Schiedsgerichts für internationale Wirtschaftsstreitigkeiten begründet. Nach Aufnahme der Tätigkeit des Bundeskammerschiedsgerichts ergab sich die Frage, ob damit die Zuständigkeit der Ständigen Schiedsgerichte der Landeskammern (§ 19 Abs. 3 HKG) für Streitfälle, an denen wenigstens eine Partei mit Sitz im Ausland beteiligt ist, erloschen sei, oder ob in diesen Fällen eine konkurrierende Zuständigkeit bestehe. Der OGH hat letzteres in der Entscheidung OGH 7.2.1990, 3 Ob 609/89, verneint. Dieser Rechtsmeinung wird in den Formulierungsvorschlägen für die neuen §§ 5 lit. f und 19 Abs. 3 Rechnung getragen.

Wenn keine konkurrierende Zuständigkeit besteht, ist es we-

./5

- 5 -

sentlich, zu bestimmen, zu welchem Zeitpunkt die Inländer- bzw. Ausländereigenschaft einer Partei gegeben sein muß. Zweckmäßigerweise ist dies der Zeitpunkt des Abschlusses der Schiedsvereinbarung. Durch die Aufnahme dieses Zeitpunkts in den Gesetzestext werden Parteien geschützt, welche die Schiedsvereinbarung korrekt nach der geltenden Rechtslage abgeschlossen haben, wenn zwischen dem Zeitpunkt des Abschlusses der Schiedsvereinbarung und der Klagseinbringung eine Änderung bei der Inländer- oder Ausländereigenschaft einer Partei eingetreten ist, wie etwa bei Zessionen von Verträgen, in denen Schiedsklauseln enthalten sind.

Zu Art. I Z. 5:

Die vorgesehene Ausdehnung des Begutachtungsrechtes der Kammern auf jene Gesetzentwürfe, die keine von den Kammern zu vertretenden Interessen berühren, entspricht der schon bisher gegebenen Rechtslage bei den Arbeiterkammern.

Zu Art. I Z. 6:

Die Neufassung des § 9 Abs. 1 hält die Praxis fest, daß laufende Geschäfte von besonderer Bedeutung vom Präsidium erledigt werden, ohne daß dem Vorstand darüber berichtet wird (was nach der geltenden Rechtslage auch nicht erforderlich ist).

Zu Art. I Z. 7:

Die Ergänzung ergibt sich aus der auf Grund des neuen § 96 a. möglichen personellen Ausweitung des Vorstands.

Zu Art. I Z. 8:

Durch diese Titeländerung soll unterstrichen werden, daß die Handelskammerorganisation primär Interessenvertretung ist und keinen "amtlichen" Charakter hat.

Zu Art. I Z. 9:

Die Änderung trägt dem Umstand Rechnung, daß künftig die Landessektionsleitungen direkt zu wählen sind. Der Vollversammlung sollen im Wege der Sektionsleitungen auch jene Mitglieder der Sektionsleitungen angehören, welche in diese gemäß § 93 in Verbindung mit § 88 Abs. 4 entsandt werden.

. /6

- 6 -

Zu Art. I Z. 10:

Die Bedeutung der Bezirksstellen soll dadurch unterstrichen werden, daß die Obmänner der Vollversammlung mit beratender Stimme angehören.

Zu Art. I Z. 11:

Die Bestimmung stellt klar, daß die Vollversammlung und nicht etwa der Vorstand zur Beschlußfassung über die Errichtung von Fachgruppen und den Widerruf der Errichtung zuständig ist.

Zu Art. I Z. 12:

Das im neuen § 11 Abs. 5 vorgesehene Recht von 200 Mitgliedern, an die Vollversammlung Vorschläge zu richten und Anträge zu stellen, verstärkt die Position der Mitglieder. Es wird ihnen die Möglichkeit eingeräumt, auf die Beratungen der Vollversammlung unmittelbar Einfluß zu nehmen.

Zu Art. I Z. 13:

Die besondere Bedeutung der Bezirksstellen rechtfertigt deren Ausbau. Zu diesem Zweck soll die Ausweitung des Bezirksstellenausschusses, der gegenwärtig höchstens 5 Mitglieder erfaßt, auf maximal 10 Mitglieder ermöglicht werden. Der Obmann des Ausschusses soll künftig nicht mehr vom Kammervorstand bestellt, sondern vom Ausschuß aus seiner Mitte gewählt werden. In Abs. 1 wird ferner geregelt, wie das Ergebnis der Wahlen in die Landessektionsleitungen bei der Zusammensetzung der Bezirksstellenausschüsse berücksichtigt wird.

Zu Art. I Z. 14, 15 und 17:

Siehe Z. 8.

Zu Art. I Z. 16:

§ 16 Z. 5 wird durch die bisher in § 5 lit. e normierte Kompetenz angereichert.

Zu Art. I Z. 18:

Siehe Z. 4.

. / 7

- 7 -

Zu Art. I Z. 19:

Die vorgesehene Ergänzung soll ermöglichen, daß die Bundeskammer auch mit Wirkung für die anderen, nach dem Handelskammerge-setz errichteten Körperschaften verbindliche Regelungen treffen kann, die zur Finanzierung des Personals, insbesondere auch einer zur gesetzlichen Sozialversicherung hinzutretenden Zuschußpen-sion, notwendig sind.

Zu Art. I Z. 20:

Die Aufzählung der Organe der Bundeskammer wird durch Anfüh-rung des Kuratoriums des Wirtschaftsförderungsinstituts, des Bun-despersonalausschusses und des Kontrollausschusses vervollstän-digt.

Zu Art. I Z. 21:

Die Bestimmungen des neuen § 96 a. sollen auch beim Vorstand der Bundeskammer zum Tragen kommen.

Zu Art. I Z. 22:

Im Hinblick auf praktische Bedürfnisse und die wirtschaftliche Bedeutung der in den Sektionen Geld-, Kredit- und Versicherungs-wesen, Verkehr und Fremdenverkehr zusammengefaßten Unternehmungen wird die Zahl der Mitglieder der betreffenden Bundessektionen auf einheitlich 6 erhöht. Ebenso wird bei der Bundessektion Handel die Zahl der Mitglieder an die bei den Bundessektionen Gewerbe und Handwerk sowie Industrie angeglichen.

Zu Art. I Z. 23:

Nach dem derzeitigen Wortlaut des § 24 Abs. 4 lit. b fällt nur die Erlassung der Schiedsgerichtsordnungen für die Ständigen Schiedsgerichte der Landeskammern in den Zuständigkeitsbereich des Kammertages, jene für die Schiedsgerichtsordnung des Schieds-gerichts der Bundeskammer in die Generalkompetenz des Kammervor-standes. Aus systematischen Gründen soll auch die Erlassung der Schiedsgerichtsordnung des Schiedsgerichts der Bundeskammer in den Zuständigkeitsbereich des Kammertages fallen.

Zu Art. I Z. 24:

Siehe die Erläuterungen zu Z. 3.

. /8

- 8 -

Zu Art. I Z. 25:

Die Qualifikationserfordernisse für den Generalsekretär werden jenen für die Direktoren der Landeskammern voll angeglichen.

Zu Art. I Z. 26:

Die Höchstzahl der Fachvertreter muß von 6 auf 4 herabgesetzt werden, weil künftig ein Fachgruppenausschuß bereits mit 5 Mitgliedern möglich sein soll. Das Verfahren betreffend die Errichtung von Fachgruppen wird vereinfacht.

Zu Art. I Z. 27:

Die Verringerung der Zahl der Fachgruppenausschußmitglieder von derzeit 9 bis 48 auf 5 bis 40 dient der Straffung der Fachorganisation.

Zu Art. I Z. 28:

Die neugeschaffene Möglichkeit, daß die Fachgruppentagung einzuberufen ist, wenn ein Zehntel der Mitglieder es verlangt, soll die Mitgliederrechte und damit die verbandsinterne Demokratie stärken.

Zu Art. I Z. 29:

Die bisherige Zitierung auch des Abs. 3 des § 29 beruht auf einem Redaktionsversehen.

Zu Art. I Z. 30:

Der neue Abs. 2 bestätigt die bisherige Praxis.

Zu Art. I Z. 31:

Der neue § 32 a. soll Aktivitäten ausdrücklich verankern, die ebenso wie von anderen gesetzlichen Interessenvertretungen auch von der Handelskammerorganisation wahrgenommen werden.

. /9

- 9 -

Zu Art. I Z. 32:

Der neu gefaßte § 33 präzisiert die Bestimmungen über die Genehmigung zur Führung der Bezeichnung "Kammer" durch andere Institutionen, indem insbesondere die Voraussetzungen für die Genehmigung normiert werden und der allfällige Widerruf geregelt wird.

Zu Art. I Z. 33:

Die Sektionszugehörigkeit der Holdinggesellschaften, deren Einbeziehung in die Kammerorganisation in § 3 Abs. 3 vorgesehen ist, soll sich nach der überwiegenden Erwerbstätigkeit der von den Holdinggesellschaften erfaßten Unternehmungen richten. Ist eine Zuordnung nach diesem Kriterium nicht möglich, kommt es zur Zugehörigkeit zur Sektion Gewerbe.

Zu Art. I Z. 34:

Die ständig von einem Auftraggeber betrauten Warenpräsentatoren sind derzeit zum Teil in der Gewerbesektion erfaßt. Sie sollen in der Bundessektion Handel zusammengefaßt werden. Die Anführung der Videotheken dient einer Klarstellung.

Zu Art. I Z. 35:

Während die Spielbanken (Kasinos) zur Sektion Fremdenverkehr gehören, werden - abgesehen von den Lottokollektoren und den Geschäftsstellen der Klassenlotterie - jene Unternehmungen in der Sektion Geld-, Kredit- und Versicherungswesen erfaßt, die Ausspielungen nach §§ 6 bis 12 des Glücksspielgesetzes, BGBl. Nr. 620/1989, veranstalten. Ihre ausdrückliche Anführung dient der Klarstellung.

Zu Art. I Z. 36:

Die vorgesehene Ergänzung des § 44 nimmt darauf Bezug, daß künftig neben den Fachgruppenausschüssen auch die Landessektionsleitungen direkt gewählt werden.

Zu Art. I Z. 37:

Da die Erwerbsgesellschaften durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 257/1990 in die Kammermitgliedschaft einbezogen wurden, müssen sie in den einschlägigen Bestimmungen, wo bisher nur von den offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften die Rede ist, angeführt werden.

. /10

- 10 -

Zu Art. I Z. 38:

Die neuen Abs. 2, 3 und 4 des § 45 enthalten die Bestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht. Neu vorgesehen ist beim aktiven Wahlrecht, daß es auch dann verlorenggeht, wenn innerhalb der letzten zwei Jahre ein Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens über das Mitglied mangels Vermögens abgewiesen wurde. Das vollendete 18. Lebensjahr wird nunmehr als Mindestalter festgelegt. Das Alter für das passive Wahlrecht wird vom 20. auf das 19. Lebensjahr herabgesetzt. Eine Ausübung der Berechtigung seit mindestens einem Jahr wird für das passive Wahlrecht nicht mehr verlangt, doch muß die Ausübung am Stichtag gegeben sein. Lediglich für Saisonbetriebe gilt eine besondere Regelung.

Neu eingefügt wird in Abs. 5 der Stichtag, der für das aktive und das passive Wahlrecht maßgeblich ist.

Neu ist die Bestimmung des Abs. 6, welche die Möglichkeit einer Wiederwahl von Spitzenfunktionären beschränkt.

Zu Art. I Z. 39:

Neu vorgesehen sind im Sinne des Arbeitseinkommens zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vom Dezember 1990, Seite 26, Bestimmungen über Aufwandsentschädigungen und Funktionsentschädigungen, die für diese Materie im Sinne des Legalitätsprinzips verbindliche Richtlinien aufstellen. Ausgehend von der Funktionsentschädigung des Bundeskammerpräsidenten, sollen die Funktionsentschädigungen der anderen Funktionäre entsprechend nach unten gestaffelt bleiben.

Zu Art. I Z. 40:

Die Abberufung von Funktionären wegen des Vorliegens von Umständen, welche die Wählbarkeit ausschließen, wird nunmehr in der Weise geteilt, daß der Aufsichtsbehörde die Abberufung vorbehalten bleibt, wenn die betreffenden Umstände schon am Stichtag vorlagen, aber erst später bekannt wurden. Ist der maßgebliche Umstand aber später eingetreten (z.B. Wegfall der Gewerbeberechtigung wegen Inanspruchnahme der Gewerbepension), erfolgt die Abberufung durch die zuständige Hauptwahlkommission.

Zu Art. I Z. 41:

Die Ergänzung des § 47 Abs. 6 schafft nicht neues Recht im eigentlichen Sinn. Die gegenständliche Bestimmung wird vielmehr aus dem bisherigen § 85 Abs. 3 übernommen.

./11

- 11 -

Zu Art. I Z. 42:

Die Einrichtung des Mißtrauensvotums mit der Konsequenz des Mandatsverlustes wird neu geschaffen. Entsprechende Kautelen sollen gewährleisten, daß es nur in schwerwiegenden Fällen und erst nach gründlicher Überlegung zu einem Mißtrauensvotum kommen kann.

Zu Art. I Z. 43:

Die Ergänzung in § 51 a. soll den Fall erfassen, daß es bei einer Fachorganisation keine Fachzeitschrift gibt und die Verlautbarung im Mitteilungsblatt der Landeskammer(n) auf technische Schwierigkeiten stößt.

Zu Art. I Z. 44:

Die Neufassung des § 52 Abs. 2 erster Satz entspricht der in Z. 6 vorgesehenen Neufassung des § 9 Abs. 1: Laufende Geschäfte von besonderer Bedeutung sollen das Präsidium befassen und fallen daher nicht in die Kompetenz des Präsidenten.

Zu Art. I Z. 45:

Es wird nunmehr auch für die Kammerumlage nach § 57 Abs. 1 jene Regelung geschaffen, wie sie für die Kammerumlage nach Abs. 4 bereits auf Grund der Novelle BGBl. Nr. 663/1983 gilt.

Zu Art. I Z. 46:

Die neue Formulierung ist eine klarstellende Verbindung zum neugefaßten letzten Satz des Abs. 6.

Zu Art. I Z. 47:

Übereinstimmend mit den Neuregelungen für die Einverleibungsgebühr wird auch bei der Grundumlage die Staffelung nach der Rechtsform (bisher 1 : 2 : 3) in 1 : 2 abgesenkt und überdies der Kreis der Unternehmungen, welche die Grundumlage nur in einfacher Höhe zu entrichten haben, wesentlich erweitert. Während bisher nur die nichtprotokollierten Unternehmungen den Normalsatz zu zahlen hatten, gilt dies künftig für sämtliche natürlichen Personen, d. h. auch für die im nunmehrigen Firmenbuch eingetragenen, ebenso für die Personengesellschaften des Handelsrechtes (offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften) sowie für die eingetragenen Erwerbsgesellschaften. Neu geregelt bzw. klargestellt sind zum Teil die Obergrenzen für die Grundumlage, und zwar insbesondere dahingehend, daß bei den variablen Bemessungsgrundlagen subsidiär eine Höchstgrenze von 5 v. T. der Umsatzsumme

./12

- 12 -

gelten und bei der Grundumlage in einem festen Betrag die Grenze von S 90.000,- auch in der doppelten Höhe des Normalsatzes nicht überschritten werden darf.

Für ruhende Berechtigungen und Verpächter wird zwingend die Halbierung der Grundumlage vorgesehen, desgleichen für den Fall, daß die Mitgliedschaft zu einer Fachgruppe nicht länger als die Hälfte eines Kalenderjahres besteht.

Zu Art. I Z. 48:

Die Einverleibungsgebühr soll künftig "Eintragungsgebühr" heißen. Die Kompetenz zur Beschlußfassung über die Eintragungsgebühr beim Gemischtwarenhandel entspricht der bei der Grundumlage schon bisher geltenden Regelung des § 57 a. Abs. 4.

Zu Art. I Z. 49:

Da die Eintragungsgebühren bei zahlreichen Fachgruppen zur Finanzierung des Budgets wesentlich beitragen, kommt ihre Aufhebung nicht in Betracht, zumal ihnen Leistungen gegenüberstehen, für die das neu hinzukommende Mitglied noch nichts beigetragen hat. Die Eintragungsgebühren sollen aber wesentlich verringert werden. In diesem Zusammenhang entfällt die bisherige Mindestgrenze von S 500,-, die bisherige Höchstgrenze beim Gemischtwarenhandel von S 10.000,- (hier gilt künftig die allgemeine Höchstgrenze von S 5.000,-) und bei der Staffelung nach der Rechtsform der dreifache Satz. Der Kreis der unter den Normalsatz fallenden Unternehmungen wird stark ausgeweitet (siehe Erläuternde Bemerkungen zu Z. 47).

Hervorzuheben ist ferner, daß künftig bei der zweiten und dritten Berechtigung die Eintragungsgebühr nicht zu entrichten sein wird.

Zu Art. I Z. 50:

Der Katalog der Tatbestände, bei denen keine Eintragungsgebühr zu entrichten ist, wird wesentlich ausgeweitet. Hervorzuheben sind lit. d betreffend den Übergang eines Betriebes in der Familie und die neugeschaffene lit. f, wonach die Eintragungsgebühr bei Verlegung eines Betriebes von einem Bundesland in ein anderes gleichfalls entfällt.

Zu Art. I Z. 51:

Der neue Abs. 3 a entspricht dem geltenden Rechtsbestand (Abs. 3 letzter Satz).

. /13

- 13 -

Zu Art. I Z. 52:

Die Ausdehnung der Zweckwidmung der Gebühren für Sonderleistungen des Fachverbandes für das Güterbeförderungsgewerbe entspricht geänderten Bedürfnissen der Unternehmungen.

Zu Art. I Z. 53:

Entscheidet bereits die Landeskammer als Rechtsmittelinstanz, soll im Interesse einer Straffung des Verfahrens ein Rechtszug an die Bundeskammer nicht mehr stattfinden.

Zu Art. I Z. 54:

Bei Gebühren für Sonderleistungen war bisher kein Rechtszug vorgesehen. Nunmehr wird im Interesse eines wirksamen Rechtsschutzes ein Rechtsmittelverfahren eingeführt.

Zu Art. I Z. 55:

Die bisher nicht ausdrücklich vorgesehene Kundmachung von Delegierungsbeschlüssen nach § 53 a. entspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Zu Art. I Z. 56:

Die Zahl der Mitglieder des Kontrollausschusses wird nunmehr im Gesetz festgelegt. Neu ist die Vorschrift, daß künftig der Vorsitzende jener Wählergruppe nicht angehören darf, die den Kammerpräsidenten stellt. Sie kommt den Wünschen der Minderheitswählergruppen sehr wesentlich entgegen.

Zu Art. I Z. 57:

Neu ist die Bestimmung, daß im Kontrollausschuß auf jede im Kammertag vertretene Wählergruppe zumindest ein Mandat zu entfallen hat. Auch sie berücksichtigt die Minderheit.

Zu Art. I Z. 58:

Es soll ausdrücklich klargestellt werden, daß der Kontrollausschuß nicht nur unter dem Gesichtspunkt der ziffernmäßigen Richtigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, sondern auch jenem der Rechtmäßigkeit prüft. Der angefügte zweite Satz entspricht dem zu Art. I. Z 39 genannten Arbeitsübereinkommen.

./14

- 14 -

Zu Art. I Z. 59:

Hinsichtlich des Personals, das bei Fachgruppen, Fachverbänden oder Sektionen verwendet wird, war bei personellen Dispositionen bisher ausnahmslos das Einvernehmen mit den leitenden Organen der genannten Fachorganisationen bzw. Sektionen erforderlich. Im Interesse einer effizienten Personalpolitik soll dieses Einvernehmen bei Versetzungen nicht mehr notwendig sein. Aus demselben Grund soll die Kammer auch nicht mehr verpflichtet sein, einen Mitarbeiter auf Verlangen der genannten leitenden Organe abzuziehen.

Zu Art. I Z. 60:

Die organisatorische Gliederung der Handelskammerorganisation in die Kammern im engeren Sinn und die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Fachorganisationen erfordert im Zusammenhang mit dem Arbeitsverfassungsgesetz die in den neuen Abs. 5 und 6 vorgesehenen Klarstellungen.

Zu Art. I Z. 61:

Siehe Z. 14.

Zu Art. I Z. 62:

Der Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderungsinstitute wird durch die Anführung der betriebswirtschaftlichen Wirtschaftsförderung sowie von Materien wie Design und Audiovision aktuellen Bedürfnissen angepaßt. Die überholten Begriffe "Propaganda" und "Reklame" werden durch "Werbung" und "Öffentlichkeitsarbeit" ersetzt.

Zu Art. I Z. 63:

Im § 62 wird eine terminologische Abänderung derart vorgesehen, daß die das Wirtschaftsförderungsinstitut verwaltenden Ausschüsse sowohl in der Bundeskammer als auch in den Landeskammern "Kuratorien" und die Vorsitzenden der Ausschüsse bei sämtlichen Kammern "Kurator" genannt werden.

Ferner entfällt im bisherigen Abs. 3 die Bestimmung, daß die Mandate der Mitglieder der Kuratorien (des Ausschusses) mit Ablauf der Funktionsperiode der entsendenden Kammer erlöschen. Es soll auch hier die grundlegende Bestimmung des § 47 Abs. 1 zweiter Satz gelten, wonach die Funktionsperiode erst mit dem Zusammentritt des neugewählten Organs endet.

./15

- 15 -

Zu Art. I Z. 64:

Eine umfassende Verpflichtung der staatlichen Behörden zur Bekanntgabe der bei ihnen erlangten Berechtigungen nach § 3 bzw. der Beendigung solcher Berechtigungen soll die Kammern der gewerblichen Wirtschaft in die Lage versetzen, Änderungen des Mitgliederstandes rasch und vollständig zu registrieren.

Zu Art. I Z. 65:

Der neu gefaßte § 66 entspricht der Neufassung des Art. 20 Abs. 3 und 4 B-VG durch die Bundesverfassungs-Novelle 1987, BGBl. Nr. 285.

Zu Art. I Z. 66:

Die bisherige Möglichkeit, Mitglieder bei Nichterfüllung der Auskunftspflicht mit Mutwillensstrafe zu belegen, fällt weg, zumal von ihr ohnehin seit langem nicht mehr Gebrauch gemacht wird.

Zu Art. I Z. 67:

Da der Verwaltungsgerichtshof die Beschwerdelegitimation der Kammern gegenüber sie betreffenden Bescheiden der Aufsichtsbehörde verneint, bedarf es aus grundsätzlichen rechtsstaatlichen Erwägungen der ausdrücklichen Festlegung der Parteistellung und einer Beschwerdelegitimation nach Art. 131 Abs. 2 B-VG.

Zu Art. I Z. 68:

Bei den Zweigwahlkommissionen wird die Möglichkeit eröffnet, daß Kommissionsmitglieder nicht aus dem Kreis der wählbaren Personen, sondern auch aus jenem der Gewerbepensionisten bestellt werden.

Zu Art. I Z. 69:

Wesentliche Erleichterungen für die Einbringung von Wahlvorschlägen finden im § 78 Abs. 2 ihren Niederschlag.

Es soll künftig eine einziger Wahlwerber genügen, während bisher der Wahlvorschlag mindestens für ein Fünftel aller zur Besetzung gelangenden Mandate (Mitglieder und Ersatzmitglieder) Bewerber enthalten mußte.

./16

- 16 -

Ferner sollen äußerstenfalls nicht wie bisher 20, sondern nur noch 10 unterstützende Unterschriften notwendig sein, anderseits jedoch mindestens 2 Unterschriften, wobei eine Unterschrift jene des Wahlwerbers sein kann.

Zu Art. I Z. 70:

Die Einführung des Wahlkartensystems läßt es angezeigt erscheinen, daß die Wahlvorschläge jedenfalls sechs Wochen vor dem ersten Wahltag eingereicht sein müssen. Die Möglichkeit einer Verkürzung dieser Frist auf fünf Wochen ist wegen des mit dem Wahlkartensystem verbundenen organisatorischen Aufwandes nicht mehr vertretbar.

Zu Art. I Z. 71:

Mit der Einführung eines Stichtags wird eine Lücke geschlossen, die bisher nur im Auslegungsweg bewältigt werden konnte.

Zu Art. I Z. 72:

Siehe Erläuternde Bemerkungen zu Z. 26 und 27.

Zu Art. I Z. 73 und 75:

Die eingetragenen Erwerbsgesellschaften nach dem Erwerbsgesellschaftengesetz, BGBl.Nr. 257/1990, müssen jeweils neben den Personengesellschaften des Handelsrechtes angeführt werden (siehe auch die Erläuternden Bemerkungen zu Z. 37).

Zu Art. I Z. 74:

Die durch das frühere deutsche Handwerksrecht bedingte Bestimmung des § 80 Abs. 4 ist bedeutungslos geworden.

Zu Art. I Z. 76:

Da das passive Wahlrecht nicht mehr an eine Mindestausübungsdauer gebunden ist, entfällt der Abs. 3 des § 81 (siehe auch die Erläuternden Bemerkungen zu Z. 38).

Zu Art. I Z. 77:

Siehe Erläuternde Bemerkungen zu Z. 70.

. /17

- 17 -

Zu Art. I Z. 78:

Da nur noch ein einziger Wahlwerber notwendig ist, ist § 84 Abs. 2 neu zu fassen.

Zu Art. I Z. 79:

Für die Abgabe einer Vorzugsstimme und das Streichen von Bewerbern wird auf dem Stimmzettel eine eigene Rubrik vorgesehen. Die Listen der Bewerber der einzelnen Wählergruppen können aus Platzgründen auf dem Stimmzettel nicht aufscheinen.

Zu Art. I Z. 80:

Die Abgabe der Vorzugsstimme für einen bestimmten (einzigen) Bewerber sowie das Streichen eines Bewerbers oder von mehr als einem bedeuten eine wesentliche Personalisierung des Wahlrechtes. Diese Rechte können nur in Bezug auf Bewerber jener Wählergruppe ausgeübt werden, welcher der betreffende Wähler seine Stimme gibt. Eine Reihung von Bewerbern ist nicht vorgesehen. Das Ergebnis von Vorzugsstimmen und Streichungen schlägt sich in Wahlpunkten nieder (§ 88 Abs. 5).

Zu Art. I Z. 81:

Durch die Einfügung eines neuen Abs. 7 wird der bisherige Abs. 7 zu Abs. 8.

Zu Art. I Z. 82:

Entsprechend dem Vorbild von Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften soll künftig auch bei den Handelskammerwahlen die Möglichkeit einer Wahl mit Wahlkarten eröffnet werden. Diese Erleichterung ist um so mehr geboten, als viele Kammermitglieder ihren Wohnsitz verhältnismäßig weit entfernt vom Betriebssitz haben, und zwar auch in anderen Bundesländern. Die vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen, die noch durch die Handelskammer-Wahlordnung auszuführen sein werden, sind darauf abgestellt, daß das Wahlgeheimnis absolut gewahrt ist.

Zu Art. I Z. 83:

Die Möglichkeit einer exakten Berechnung der Wahlzahl auf Dezimalstellen macht die bisherige Bestimmung entbehrlich, wonach bei gleichem Anspruch auf ein Mandat die Zahl der Reststimmen entscheidet.

./18

- 18 -

Zu Art. I Z. 84:

Der neue Abs. 4 sieht eine entscheidende Verbesserung der Position von kleinen Wählergruppen vor, denen auch dann, wenn sie kein Mandat erringen konnten, unter bestimmten Voraussetzungen die Mitwirkung im Fachgruppenausschuß ermöglicht werden soll. Bei Fachvertretungen werden diese Regelungen nicht Platz greifen, weil künftig nur noch maximal vier Fachvertreter vorgesehen sind und eine Anwendung der gegenständlichen Bestimmungen das Kräfteverhältnis bei Beratung und Abstimmung der Fachvertreter wesentlich verschieben könnte. - Durch entsprechende Verweisungen sollen die Bestimmungen des neuen Abs. 4 auch bei den in der Organisationshierarchie höheren Organen - ausgenommen den Präsidien - Anwendung finden.

Nach dem im Abs. 5 vorgesehenen Wahlpunktesystem soll jeder Wahlwerber zunächst so viele Punkte bekommen, als seiner Position auf dem Wahlvorschlag entspricht. Vorzugsstimmen und Streichungen führen sodann zur tatsächlichen Wahlpunktezahl, die für die Erringung eines Mandats und den Platz in der Reihenfolge der gewählten Bewerber maßgeblich ist.

Zu Art. I Z. 85:

Künftig soll nicht nur der Listenführer, sondern jedes Mitglied des Fachgruppenausschusses zur Erstattung eines Wahlvorschlags für die Wahl des Vorstehers und seiner beiden Stellvertreter legitimiert sein, doch muß die Zustimmung von mehr als der Hälfte der Fachgruppenausschußmitglieder der betreffenden Wählergruppe nachgewiesen sein.

Zu Art. I Z. 86:

Die neuen Abs. 4 und 5 des § 88 finden bei der Wahl des Fachgruppenvorstehers und seiner Stellvertreter keine Anwendung.

Zu Art. I Z. 87 bis 89:

Bisher wurde die Sektionsleitung von den Mitgliedern der betreffenden Fachgruppenausschüsse und den betreffenden Fachvertretern, somit indirekt gewählt. Die nunmehrige direkte Wahl durch die zur Sektion gehörigen Kammermitglieder bedeutet einen starken Ausbau der unmittelbaren Demokratie in der Handelskammerorganisation. Da sich die Vollversammlung aus den Sektionsleitungen zusammensetzt, ist damit im wesentlichen auch die direkte Wahl der Vollversammlung gegeben, ohne daß die auf Sektionen aufgebaute Organisationsstruktur der Kammer berührt wird. Letzteres wäre der Fall, wenn die Mitglieder nicht über die Sektionsleitungen, sondern direkt die Vollversammlung wählen sollten. Eine ausgewogene

. /19

- 19 -

Berücksichtigung der einzelnen Sektionen in der Zusammensetzung der Vollversammlung wäre dann nicht mehr sichergestellt.

Das Wahlrecht der Mitglieder des Gremiums der Konsumgenossenschaften entfällt, weil sie in der Sektionsleitung Handel über ein Virilmandat verfügen.

Zu Art. I Z. 90:

Die Berücksichtigung kleiner Wählergruppen, wie sie zunächst im § 88 Abs. 4 für den Fachgruppenausschuß neu vorgesehen ist, soll auch beim Kammervorstand und damit indirekt auch in der Vollversammlung Platz greifen.

Zu Art. I Z. 91:

Der Kammerpräsident soll vorweg gewählt werden, die anderen Mitglieder des Präsidiums erst im Anschluß daran, wobei das Mandat des Kammerpräsidenten anzurechnen ist.

Zu Art. I Z. 92:

Während bisher die Handelskammerwahlen mit den Wahlen in die Fachgruppenausschüsse jeweils im April begonnen haben und erst gegen Jahresende mit der Wahl des Bundeskammerpräsidiums beendet werden konnten, soll dies künftig schon vor der Sommerpause der Fall sein. Diese zeitliche Komprimierung der einzelnen Wahlgänge erfordert eine Beschleunigung der Wahlen im Bereich der Bundeskammer und ihrer Fachorganisationen. Deshalb wird künftig die Zusammensetzung des Fachverbandsausschusses aus jener der Fachgruppenausschüsse und die Zusammensetzung der Bundessektionsleitung aus jener der Landessektionsleitungen abgeleitet, ohne daß es noch zu einem Wahlverfahren im eigentlichen Sinn kommt. Die Grundsätze des Verhältniswahlsystems bleiben voll gewahrt.

Zu Art. I Z. 93:

Die Bestimmung dient der Aktualisierung der anzuwendenden Bestimmungen des Fristengesetzes und des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes.

. /20

- 20 -

Zu Art. II Abs. 1:

In einzelnen Verfahren, vor allem in Grundumlagensachen, hat sich Unklarheit ergeben, ob insbesondere in der ersten Zeit nach der Wiedererrichtung der Handelskammerorganisation die Bestimmungen über die Errichtung von Fachgruppen jeweils genau eingehalten wurden. Auch fehlt es gelegentlich an den aktenmäßigen Unterlagen.

Da die betreffenden Fachorganisationen seit Jahrzehnten unangefochten bestehen, mit aufsichtsbehördlicher Genehmigung ihre Budgets und Rechnungsabschlüsse erstellt haben und ihre Organe jeweils gewählt wurden, ist eine vorsorgliche Absicherung des Bestandes dieser Fachorganisationen und der Rechtmäßigkeit ihrer Akte angebracht.

Art. II Abs. 2 entspricht der Auffassung, daß das Geschlecht des Funktionsinhabers bzw. der Funktionsinhaberin bei Funktionsbezeichnungen zum Ausdruck kommen soll.

Zu Art. II Abs. 3:

Die Bezeichnung "Einverleibungsgebühr" erscheint überholt und soll durch "Eintragungsgebühr" ersetzt werden.

Art. II Abs. 4 entspricht der nunmehrigen Bezeichnung des für die Handelskammerorganisation zuständigen Bundesministers.

Art. II Abs. 5 entspricht einem Vorschlag der Bundessektion Gewerbe, der die besondere Bedeutung des Handwerks unterstreichen soll.

Zu Art. III Abs. 1:

Die Novelle soll grundsätzlich mit 1. Jänner 1992 in Kraft treten, doch ist bei den wahlrechtlichen Bestimmungen ein späterer Wirksamkeitsbeginn notwendig, weil sie noch der Ausführung durch die Handelskammer-Wahlordnung bedürfen.

Die umlagenrechtlichen Bestimmungen sollen erst mit 1. Jänner 1993 in Kraft treten, weil sie bei der Erstellung der Vorschläge für 1992 nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

Art. III Abs. 2 erweist sich aus den in den Erläuternden Bemerkungen zu Art. II Abs. 1 genannten Gründen als notwendig.

- 21 -

Zu Art. III Abs. 3:

Insbesondere die Handelskammer-Wahlordnung soll bereits vor dem Wirksamkeitsbeginn der einschlägigen Bestimmungen der Novelle novelliert werden können, damit die wahlrechtlichen Bestimmungen der Novelle mit 1. Jänner 1993 vollziehbar sind.

Art. III Abs. 4 soll klarstellen, daß jene Bestimmungen der Novelle, welche die Zusammensetzung von Organen nach dem Handelskammergesetz ändern, nicht sofort zur Anwendung kommen, was in weitem Umfang eine Neubestellung der Organe erfordern würde. Während der laufenden Funktionsperiode wäre dies unzweckmäßig. Dies gilt aber nicht für Art. I Z. 56 betreffend den Vorsitzenden des Kontrollausschusses.

Zu Art. IV:

Diese Verfassungsbestimmung stellt die Bundeskompetenz (Art. 10 B-VG) für die Kammern der gewerblichen Wirtschaft mit dem in der bisherigen Verfassungsbestimmung des § 1 Abs. 1 HKG geregelten Mitgliederkreis sicher.

In formeller Hinsicht wird unter Verzicht auf die erste Lesung die Zuweisung an den Handelsausschuß beantragt.

Sherry

Neisser

Madison
Parr

Sherry